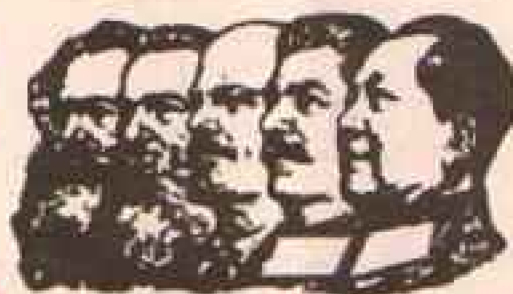
Hände weg von Ernst Aust !

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

EXTRABLATT MAI 1973

Genosse Ernst Aust, der Vorsitzende der KPD/ML, ein Führer der westdeutschen Arbeiterbewegung, soll ausgeschaltet werden. Sie wollen die Spitze abschlagen, um die Basis zu zerschmettern. Natürlich wäre es der Bourgeoisie am liebsten, wenn dieser Prozess so still und leise vorübergeht wie möglich. Aber da hat sie sich getäuscht. Das kann kein aufrechter Genosse, keine fortschrittliche Organisation zulassen!

Schon einmal stand Genosse Ernst Aust vor Gericht. Als Redakteur der Zeitung 'Blinkfüer'. Schon einmal wollte ihn die Bourgeoisie klammheimlich einlochen. Damals wurde Genosse Ernst verurteilt. Aber die Klassenjustiz schaffte es nicht, ihn ins Gefängnis zu werfen. Die Solidarität mit Genossen Ernst war zu gross. Allein in Hamburg marschierten am Vorabend des Prozesses 5000 Arbeiter für die Freiheit von Ernst Aust.

Damals stand Genosse Ernst vor Gericht als Mitglied der KPD, die bereits unheilbar vom revisionistischen Gift zerfressen war. Genosse Ernst hat den Kampf geführt gegen diese Entartung der KP. Er liess sich auch nicht ein auf die Taktik der KPD-Führung: Setzen wir auf die Milde der Bourgeosie, geben wir die kommunistische Propaganda im 'Blinkfüer' als 'Irrtum und Missverständnis' aus! Seit dem Blinkfüer-Prozess sind fast 10 Jahre vergangen. Genosse Ernst zog die Konsequenz aus der revisionistischen Entartung der KPD. Unter seiner Führung wurde wieder die Vorhutorganisation des westdeutschen und westberliner Proletariats, eine wahre kommunistische Partei, die KPD/ML geschaffen und aufgebaut Noch viel mehr als damals gilt es heute, den neuen Prozess gegen Genossen Ernst Aust zum Tribunal gegen die Klassenjustiz zu machen. Denn damals versuchte die Bourgeoisie einen Einzelnen auszuschalten, einen aufrechten Kommunisten, der gegen die revisionistische Entartung der KPD ankämpfte. Heute aber will sie den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten und damit den Führer der westdeutschen Arbeiterbewegung einkerkern!

Kampf der politischen Unterdrückung !

19.Mai 1973: In der Innenstadt von Dortmund finden Demonstrationen und Kundgebungen gegen den neuen Kremlzaren Breshnew statt, der sich in der Bundesrepublik aufhält. Gegen die Demonstranten wird der grösste Polizeieinsatz seit Jahren aufgeboten. Rücksichtslos macht die Polizei von ihren Schlagstöcken Gebrauch. Hunderte von Demonstranten und Passanten werden niedergeknüppelt. Eine alte Frau wird zusammengeschlagen und dann, als sie bereits bewusstlos am Boden liegt, von Polizistenstiefeln noch zweimal ins Gesicht getreten. Um 14 Uhr kommt der Befehl der Polizeieinsatzleitung: Alles verhaften, was zu verhaften ist. Bis zum Abend hat die Polizei samt ihrer zivilen Spitzel etwa 800 bis 1000 Menschen festgenommen: Demonstranten, Passanten; Strassenbahnen werden ausgeräumt; alte Frauen, die empört rufen: 'Das ist ja wie 33!' werden mitgeschleppt; ein Mann, der lebensgefährlich krank ist und nur mit Medikamenten leben kann, wird eingebuchtet; er erhält 30 Stunden weder Medikamente noch einen Arzt. Aber die Gefangenen, die in einem Atombunker zusammengepfercht sind, lassen sich nicht weiter in ihren Zellen traktieren. Sie organisieren eine Meuterei. Von Anfang an treten sie in einen Hungerstreik, rufen und malen Parolen, verabschieden Resolutionen und Erklärungen. Als die Insassen einer Zelle zusammengeschlagen werden, brechen die anderen Zellen die massiven Türen aus, basteln sich Waffen aus allem was sie erreichen können und beschliessen die Eröffnung des Kampfes, sobald die Polizei es nochmal wagt, einen Gefangenen anzurühren. Dieser Kampfentschlossenheit weicht die Polizei: Am Abend des 20.Mai werden die Häftlinge entlassen. Über die Ereignisse wird absolute Nachrichtensperre verhängt.

Ja, Kollegen, Ihr habt richtig gelesen! Das ist nicht passiert in einem Faschistenstaat, das ist nicht passiert im Mittelalter. Das geschah vor wenigen Tagen, im Mai 1973, in Westdeutschland, in Dortmund. Die Kapitalistenklasse hat zugeschlagen mit allen Mitteln der Brutalität, die ihr zur Verfügung stehen. Und sie ist damit gründlich auf die Nase gefallen. Die Demonstrationen und Kundgebungen gingen weiter, den ganzen Tag. Und die Bevölkerung solidarisierte sich mit den Demonstranten: Passanten riefen: Hört auf, ihr Schweine! und halfen Demonstranten, zu entkommen. Arbeiter sangen in Kneipen die 'Internationale'; Kinder spielten auf der Strasse 'Demonstration' und sagten: Die Polizei ist doof.

Warum werden die Kapitalisten so hysterisch, wenn 5000 Kommunisten, die sich noch nicht einmal bewaffnet haben, auf die Strasse gehen? Warum verbietet sie ihre Demonstration? Warum verhängt sie Nachrichtensperren, damit ja niemand etwas von ihrer Brutalität erfahren soll? Weil sie Angst hat! Das ist ein Funke, aus dem morgen der Steppenbrand der Revolution entstehen kann. Weil sie weiss: Hauptendenz, auch in Westdeutschland, ist Revolution!

Die Klassenkämpfe in der ganzen Welt, auch bei in Westdeutschland, werden immer gewaltiger !

Seit dem Jahr 69 haben die Kämpfe der Arbeiterklasse, der anderen Werktätigen und der Studenten in Stadt und Land, ein immer breiteres Ausmass erreicht. Und es hat sich immer klarer gezeigt: Je mehr der Kampf anwachst und je breiter er wird, desto mehr verbinden sich auch die kämpfenden Massen und die Kommunisten. Dortmund war das bisher deutlichste Beispiel dafür: Dort standen auf der einen Seite die KPD/ML und andere Revolutionäre zusammen mit den Arbeitern und der ganzen Bevölkerung – auf der anderen Seite standen Tausende bis an die Zähne bewaffnete Bullen, im zehnstündigen Knüppeleinsatz gegen Demonstranten und Bevölkerung.

Selbst die faustdicken Lügen, die heuchlerischen Beschwichtigungsversuche der D'K'P- und DGB-Bonzen können eine noch stärkere Ausweitung der Kämpfe nicht verhindern. In der Vorbereitung des ersten Mai mussten sie die Arbeit ihrer fünften Kolonne durch 'wirksamere' Mittel ergänzen: Verbot jedes öffentlichen Auftretens der Kommunisten, eine wahnwitzige Welle von Polizei- und Justizterror. Es hat ihnen alles nichts genutzt.

1972 war das Jahr der Notstandsolympiade in München. 5000 antiimperialistische Demonstranten unter Führung der KPD/ML rissen den Bonner Friedensheuchlern die Maske vom Gesicht. Sie liessen sich das Recht auf freie Strasse nicht verbieten. Dafür provozierte die Polizei in München eine riesige Strassenschlacht: 25000 Soldaten, 1300 Polizisten kamen plötzlich aus allen Löchern des 'olympischen Friedens' hervor.

Statt mit diesem masslosen Terror die Verbindung der Kommunisten mit den kämpfenden Massen zu schwächen, wurden, wie die dann folgenden Kämpfe eindeutig bewiesen, die Banden, die den Kampf der Massen und die Kommunistische Partei zusammenschliessen, enger.

Einen vorläufigen Höhepunkt erreichten die Kämpfe vor einigen Wochen in Frankfurt. Tausende Frankfurter solidarisierten sich mit den Hausbesetzern aus dem Westend in riesigen Demonstrationen. Die Bourgeoisie musste erleben, wie sich die Massendemonstration nicht von Polizeiknüppeln und Wasserwerfern niederwalzen liess, sondern erfolgreich der reaktionären Gewalt die revolutionäre Gewalt entgegensetzte.

Gleichzeitig loderte der Brand in den Betrieben mit neuer Stärke auf. Die Kollegen dort sind empört. Im Herbst wurden sie unter riesigem Propagandageschrei an die Wahlurnen geschickt. Viele haben damals die SPD gewählt, weil sie dachten, die ist das 'kleinere Übel'. Und jetzt erleben sie, dass diese SPD den Arbeitern genauso Lohnraub, Inflation, Arbeitslosigkeit beschert wie die CDU/CSU, während die Kapitalisten immer höhere Profite machen. Zuerst bei HUF in Velbert, dann 20000 bei Hoesch in Dortmund, dann bei Mannesmann in Duisburg und in anderen Betrieben – überall warfen die Metaller die Brocken hin – genau wie ihre Kollegen in der Chemie und im Druck. Die Streiks haben eine neue, höhere Stufe erreicht: Bei Mannesmann begnügten sich die Kollegen nicht mit einem friedlichen Protestmarsch. Sie besetzten das Verwaltungsgebäude.

In diesen Kämpfen trat etwas auf, was der Bourgeoisie den grössten Schrecken eingejagt hat: Die gewerkschaftsoppositionelle Bewegung, ein wichtiges Bindeglied der Kommunistischen Partei mit den Kämpfen der Arbeiterklasse, wuchs nicht nur sprunghaft an, sondern ihre Organisierung in Gruppen der revolutionären Gewerkschaftsopposition machte klare Fortschritte. Nicht umsonst erwähnt die Staatsanwaltschaft in einer Anklageschrift die Solidaritätsaktion der KPD/ML mit Kollegen Wischnewski in Bochum als eine der gefährlichsten 'Schandtaten' der Kommunisten.



Bild: Demonstration gegen Mietwucher und Spekulanten vor einigen Wochen in Frankfurt am Eschenheimer Tor.

Von Anfang an hat die KPD/ML darauf hingewiesen, dass die Justiz der Kapitalistenklasse nichts anderes ist als ein Instrument zur Unterdrückung und Knebelung der Arbeiterklasse. Wenn eine Mutter von 7 Kindern, die mit 580 Mark im Monat sich und ihre Familie ernähren soll, für den Mundraub von Zucker, Fett und Nudeln 1 Jahr ins Gefängnis geschickt wird – und wenn dann ein Staatsanwalt, der eine Trommel Waschpulver klaut, für 'unzurechnungsfähig während der Tatzeit' erklärt und freigesprochen wird und dann zur 'Belohnung' noch zum Oberstaatsanwalt befördert wird – dann zeigt sich ganz klar, dass diese Justiz eine Klassenjustiz ist, eine Justiz, die das Volk unterdrückt, und die herrschende Klasse und ihre Handlanger schützt.

Die wichtigste Aufgabe der Klassenjustiz ist es, die Arbeiterbewegung zu unterdrücken und die Führer der Arbeiterklasse zu vernichten. Der ganze Justizapparat ist durchsetzt mit erfahrenen Kommunistenverfolgern, mit Altnazis und ähnlichem Gelichter. Leute, deren Lebensaufgabe darin besteht, das Volk zu 'richten', zu knebeln, die Vorkämpfer des Volkes mit Lüge, Betrug, Meineid, Terrorurteilen als 'Kriminelle' ins Gefängnis zu schicken – solange, bis der Tag kommt, an dem das Volk sie richtet.

In einem beispiellosen Progrom gegen die Gruppe um Baader und Meinhof wurde Polizei und Bundesgrenzschutz auf Notstand getrimmt.
Etwa zur gleichen Zeit in München: das berüchtigte Bankraub-Massaker der Polizei, einer der Bankräuber sowie die Geisel Ingrid Reppel wurden ermordet. Der Anlass wurde benutzt, um gegen die Rote Garde vorzugehen. Man wollte die Genossen zu Drahtziehern des Banküberfalls stempeln.

Ein jüdisches Altersheim wurde von Unbekannten angesteckt, ein feiger und abscheulicher faschistischer Anschlag auf wehrlose Menschen. Man suchte ihn der KPD/ML in die Schuhe zu schieben.
Der Münchner Kommunistenprozess: 7 Rotgardisten wurden wegen angeblichen schweren Raubes vor Gericht gezerrt. Sie hatten dem Agenten Hugo Lanz Parteieigentum abgenommen. Die Klassenjustiz wollte gern einen 'Fall' daraus machen, mit all diesen haltlosen Versuchen fiel sie glänzend auf die Nase.

Es blieb also vorerst bei der Gruppe um A. Baader und U. Meinhof. Wichtige Prozesse gegen diese Revolutionäre sind inzwischen gelaufen. Wer nicht im Knast zugrunde gerichtet wird, langsam und qualvoll wie Marianne Herzog in Mainz und Gudrun Ensslin in Essen, den hat man umgelegt. Georg v. Rauch und Petra Schelm sind nur zwei Namen aus einer langen Liste.
Und bei den Prozessen kam es dann ans Tageslicht:

'Kriminell' ist die revolutionäre Tat – 'kriminell' ist die revolutionäre Gesinnung!

Der Revolutionär Horst Mahler – er bekam 12 Jahre. Noch nie wurde um einen Schwerverbrecher – einen Kindesentführer oder ähnliches – ein solcher Wirbel veranstaltet. Und was wies man ihm nach? Dass er ein Revolutionär ist. Dies 'bewies' dem Richter, dass Genosse Mahler ein Bankräuber, ein Gewaltverbrecher übelster Sorte, kriminell sein muss. Was dort exerziert wurde, das war blanke Gesinnungsjustiz, sonst nichts.

München, April 1973: 9 politische Prozesse in einer einzigen Stadt! Mehrere tausend Mark Geldstrafe wegen einer Rote-Punkt-Aktion werden verhängt. Ein Demonstrant soll 1/2 Jahr ohne Bewährung in den Knast. Er hat angeblich einem Polizisten in den Finger gebissen – in Wirklichkeit wurde ihm von diesem Beamten das Nasenbein zerschlagen. Heinz Baron, Demonstrant am Antikriegstag in München, erhält 16 Monate ohne Bewährung.

16 andere Genossen sind ebenfalls angeklagt, weil sie am Antikriegstag demonstrierten. Sie sollen verurteilt werden für ihre revolutionäre Gesinnung, für ihre revolutionären Taten. Denn revolutionäre Taten – das sind 'Verbrechen' an der Macht der Kapitalisten. Klassenhass ist kriminell. Klassenkampf ist kriminell – das zu beweisen, ist die Bourgeoisie angetreten.

"Böswillig beschimpft, verleumdet und verächtlich gemacht..." – wird die arme Bourgeoisie von uns, so meint sie.

Nach dem 2.September 1972, dem Roten Antikriegstag, wurde das Verbotsgeschrei von Gewerkschaftsbonzen, D'K'P-Verrätern, staatstragenden Kräften aller Art, von Zeitungen und Politikern zu einem unüberhörbaren Chor. Zu einem wahren Wutgeheul hat es sich gesteigert, als die Ereignisse von Frankfurt um die Hausbesetzungen, die Demonstration von 6000 gegen den Massenmörder Thieu in Bonn bewiesen: Was in München geschehen ist, war nur der Vorgeschmack auf kommende Massenkämpfe und Massenerhebungen. Die Bourgeoisie hat eine unübersehbare Flut von Prozessen, Ermittlungsverfahren und Anzeigen entfesselt.

Schreibst Du in einem Flugblatt, einer Betriebszeitung, auf einem Plakat die Wahrheit, wird sie aufgegriffen, führt sie dazu, dass der Kampf aufgenommen wird, dass er weitergeführt wird: Man kann sicher sein, dass es nicht lange dauert, bis irgendein Bourgeois oder einer seiner speichelleckenden Knechte sich 'beleidigt', 'verleumdet', 'verächtlich gemacht' oder sonst was fühlt. Die Gefühle der Bourgeoisie sind offenbar eine heikle Sache, aber nicht unergründlich.

Überall da nämlich, wo dem revolutionären Wort die revolutionäre Tat, der Kampf folgt, wo sich Arbeiter, Bauern, Studenten, zum Kampf vereinigen, überall, wo Worte keine hohle Beschwichtigungsphrasen sind, da sind die Gefühle der sauberen Herren verletzt. Denn das rüttelt an den Grundlagen ihrer Macht und ihres Reichtums. Und für anderes haben diese räuberischen und mörderischen Bestien halt keine Gefühle. Und dann bemühen sie ihre Hure Justitia. Wen auch immer Bruder Zuhälter bringt – sie ist willig. Mit Lust und Liebe verknackt sie Demokraten, Kommunisten, Antifaschisten, wirft sie in Gefängnisse, verbietet ihnen den Beruf, schmeisst sie aus dem Betrieb, aus der Wohnung.

Gegen einzelne Kollegen und Genossen fällen sie ihre Urteile, aber treffen wollen sie immer nur einen: Die kämpfende Arbeiterklasse und ihre Verbündeten. Sie machen den irrsinnigen Versuch, die revolutionäre 'Hefe' aus dem Teig zu klauben – ein Versuch, kindisch und hoffnungslos, das Rad der Geschichte noch ein paar Minuten aufzuhalten.

Der Griff nach dem Kopf

Die Klassenjustiz hat ihren Schlag vorbereitet. Am 24.5. wird die Innenministerkonferenz tagen und über das Verbot der KPD/ML und anderer revolutionärer Organisationen beraten.

Am 29.5. soll der Prozess gegen Ernst Aust, den Vorsitzenden der KPD/ML beginnen. Hier soll der Kopf, die Führung der westdeutschen Kommunisten getroffen werden.

Und der Prozess vom 29.5. ist nur der Anfang! Gegen Genossen Ernst Aust laufen noch weitere Ermittlungsverfahren, neue Anklageschriften liegen bereits vor.
Der Prozess gegen Ernst Aust ist ein Musterprozess. Die bürgerliche Klassenjustiz hat ihn schlau eingefädelt. Sie will gegen die Kommunisten zwei entscheidende Schläge führen:

1. Sie will 'beweisen', dass kommunistische Agitation und Propaganda 'kriminell' ist und sie deshalb verbieten;

2. Sie will 'beweisen', dass die Kommunistische Partei eine Kriminellenbande ist, die das 'Wohl des Volkes' gefährdet und deshalb verboten werden muss.

Schauen wir uns zuerst Punkt 1 an: Genosse Ernst hat Artikel und Flugblätter veröffentlicht, in denen angeblich die BRD und ihre verfassungsmässige Ordnung 'böswillig verleumdet und verächtlich gemacht' wird. Was aber ist 'böswillige Verächtlichmachung'? Die Anklageschrift zitiert aus dem ROTEN MORGEN und aus Flugblättern der KPD/ML:
'Es herrscht heute in der BRD die gleiche Klasse von Ausbeutern, die vor 30 Jahren Millionen Menschen auf dem Altar ihrer Profit- und Machtinteressen opferten.' Will die Klassenjustiz etwa abstreiten, dass es noch immer die Herren Krupp, Thyssen, Siemens, Flick und Finck sind, die heute wie damals herrschen, die im 2.Weltkrieg ihr Kapital ganz erheblich vermehrt haben?

Oder was wollen sie gegen die sachliche Feststellung einwenden:
'Der Terror der Bourgeoisie und ihrer Staatsbüttel richtet sich in besonderem Masse gegen die Kommunisten.' Wer will das angesichts der laufenden Kommunistenjagd denn ernsthaft bestreiten? Wer will das bestreiten, nach den Ereignissen von Dortmund, wo die Einsatzleitung über Funk die Anweisung gab: 'Alles verhaften, was als Demonstrant zu erkennen ist'? Warum stempelt denn die Bourgeoisie Kommunisten zu Kriminellen? Doch nur, damit sie ihre Kommunistenhatz als 'Kriminellenbekämpfung' ausgeben kann!



Besonders 'verächtlich gemacht' fühlt sich die Kapitalistenklasse, wenn man ihrem Aushängeschild 'Parlamentarismus' auf den Schlips tritt. Dann schreit sie Zeter und Mordio. Wenn man über bürgerliche Wahlen schreibt: 'Das Volk darf entscheiden, wer es in den nächsten Jahren z(v)ertritt', dann ist das strafbar. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann in Deutschland wieder die Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus verboten werden. Denn dieser Satz ist nichts weiter als ein verkürztes Lenin-Zitat.
'Verächtlichmachung' ist es dann auch, zu sagen:
'100 Millionen Mark haben die bürgerlichen Parteien ausgegeben, um die abgebröckelte Fassade ihrer 'Demokratie' neu anzustreichen' (Beim Wahl'kampf').

Und welch eine Heuchelei, Genossen Ernst Aust vorzuwerfen, er habe die 'Verbrechen des Mordes und des Herbeiführens einer Explosion, nachdem sie begangen war, öffentlich gebilligt', weil sich die KPD/ML mit dem Bombenanschlag auf das Heidelberger US-Hauptquartier und den verfolgten und ermordeten Genossen von der Roten Armee Fraktion solidarisierte! Diejenigen, die den hunderttausendfachen Mord an den Völkern Indochinas auf dem Gewissen haben, werden von den Kapitalisten und ihrer Presse als 'gute Freunde' bezeichnet. Der Massenmörder Thieu plaudert freundschaftlich mit Bundespräsident Heinemann. Das ist Billigung von hunderttausendfachem Mord! Der Abschuss einer lybischen Verkehrsmaschine von den israelischen Zionisten war nach Zeitungsmeldungen 'ein Versehen'. Das ist Billigung von Mord!

Mit dem Prozess gegen Genossen Ernst Aust soll kommunistische Agitation und Propaganda verboten werden. Den Hauptschlag führt die bürgerliche Klassenjustiz hier gegen die Propag'erung des revolutionären Klassenkampfes, die gewaltsame sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Aber das reicht ihr noch nicht. Nur noch die Lügen der Bourgeoisie, mit denen sei über den Ausbeutercharakter dieser Gesellschaft hinwegtäuschen will, sollen erlaubt sein.

Als die Polizei in Dortmund knüppelte, hielten Greiftrupps der Polizei die Kameras von Fernsehreportern zu. Erlaubt ist was der Bourgeoisie passt. Und wer trotzdem die Wahrheit schreibt über diesen Ausbeuterstaat, der ist kriminell, der wird eingelocht, dem wird das Schreiben verboten. Das ist die berühmte 'Pressefreiheit' in Westdeutschland!

Freiheit für die kommunistische Agitation und Propaganda!, das ist die Forderung, die im Hamburger Gericht ausgefochten wird. Die KPD/ML wird den Beweis antreten, wer die Wahrheit schreibt und wer die Lüge verbreitet! Dieser Schlag gegen die kommunistische Propaganda richtet sich gegen alle Kommunisten, gegen alle kommunistischen und revolutionaren Organisationen. Das zeigt auch der Prozess gegen die Genossen Schulte und Osswald, die der 'Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung' angeklagt sind, ebenso wie die Genossen der 'KPD', Semler, Horlemann, Kranzusch u.a.

Die wenigen Stellen, wo die rechtsopportunistische GRFB sich traute, für den Kommunismus, für die Diktatur des Proletaritas einzutreten – die finden nun die Genossen Schulte und Osswald als 'böswillige Verächtlichmachung' in ihrer Anklageschrift wieder.

Wer ist eine kriminelle Vereinigung ?

In dieser Anklageschrift hat die Bourgeoisie auch bereits den Schritt gemacht, den sie gegen Genossen Ernst Aust und die KPD/ML vorbereitet: Anklage als 'Rädelsführer einer kriminellen Vereinigung'. Wenn Kommunisten 'kriminell' sind, dann können sie logischerweise auch keine Parteien aufbauen, sondern höchstens 'Kriminellenbanden'. Der Paragraph 129, 'Verbot einer kriminellen Vereinigung', der noch nie auf wirkliche Kriminellenbanden angewendet wurde, sondern der sich direkt gegen kommunistische und fortschrittliche Organisationen richtet, kommt zu neuen Ehren.
248 Menschen seit 1948 von der Polizei ermordet; Hunderte in Gefängnissen zu Tode gefoltert oder zum Selbstmord getriebne; Kriege, an denen Konzerne Riesengeschäfte machen: Das ist nur ein Bruchteil der Verbrechen, die die Kapitalisten auf dem Gewissen haben.

Aber als sie 1919 Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordeten, schrien diese Verbrecher: 'Kriminellenbande!' 'Kriminelle!', das schrie auch SPD-Polizeichef Zörgiebel, als er 1929 in Berlin die 1.Mai-Demonstration zusammenschiessen liess. 'Kriminelle und bolschewistische Untermenschen!' kreischte Hitler, der Kommunisten und andere fortschrittliche Menschen ermordete oder in KZs zu Tode foltern liess. 'Unterstützung einer kriminellen Vereinigung' heiss die Anklage gegen tausende Mitglieder und Sympathisanten der KPD in den 50-iger Jahren.

'Es gibt bei uns keine politischen Häftlinge, nur Kriminelle', sagte Saigons Marionettenchef Thieu bei seinem Besuch in Bonn. Man sieht: Die westdeutschen Imperialisten haben von diesem Massenmörder einiges gelernt. 'Kriminellenbande' schreit die ganze Reaktion von der CDU über SPD bis hin zur D'K'P, wenn es gilt, geschlossen gegen Kommunisten vorzugehen.

Sie wagen es nicht, der KPD/ML vor dem Verfassungsgericht den Prozess zu machen. Verbot als 'kriminelle Vereinigung' – das ist das Ziel, auf das hingearbeitet wird. Aber auch mit diesem hinterhältigen Schlag der Bourgeoisie wird sie den revolutionären Klassenkampf nicht ersticken können.

FREIHEIT FÜR DIE KOMMUNISTISCHE AGITATION UND PROPAGANDA !

HÄNDE WEG VON DER KPD/ML !

Jetzt gilt es noch mehr, auf die Solidarität der Arbeiterbewegung und aller revolutionären Kräfte zu bauen. Die Lügen und Hetzgeschichten der Bourgeoisie, dass Marxisten-Leninisten 'Bürgersöhnchen, Intellektuelle mit dickem Geldbeutel' sind, die 'Revolution' nur zu ihrem Vergnügen schreien und mit der Arbeiterbewegung nichts zu tun haben – sie passen zu niemandem so schlecht wie zu Genossen Ernst Aust. Diese Schauergeschichten der burgerlichen Presse sind nichts weiter als Lügen, die Marxisten-Leninisten hätten mit der Arbeiterbewegung nichts zu tun, die Revisionisten seien eigentlich die 'modernen Arbeiterparteien'.

Der Prozess gegen Ernst Aust wird auch diese Lüge entlarven. Die Arbeiterbewegung, das ist die einzige Macht, vor der die Bourgeoisie zittert. Deshalb werden wir uns immer und überall auf die Macht der Arbeiterklasse stützen.

Bilden wir eine geschlossene Front gegen die Klassenjustiz! Heraus zum Kampf gegen den Prozess gegen Ernst Aust!

Hände weg von Ernst Aust!
Hände weg von der KPD/ML

KOMMT ZUR DEMONSTRATION IN HAMBURG, AM VORABEND DES PROZESSES:

HAMBURG, BAHNHOF BARMBECK, AM 28.MAI UM 19 UHR

Schickt Solidaritätsadressen an:
Ernst Aust, 2 Hamburg 71, Postfach 464

SPENDEN an: Wagner, Dorotheenstr.
Sparkasse Essen-Rüttenscheid
Konto-Nr. 58 92 666
Kennwort: Prozeß Ernst Aust.

Vom 21.5. bis 27.5. wird in Westdeutschland und Westberlin eine Aktionswoche gegen das Verbot, gegen politische Unterdrückung, gegen den Prozess von Genossen Ernst Aust, durchgeführt.

Genosse Ernst und angeklagte Genossen des Roten Antikriegstags 1972 werden sprechen.

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag G. Schubert

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07. Bestellungen an Vertrieb: 87 Wurzburg, Postfach 612.

Postscheckkonto Essen Nr. 46420–435 (G. Schubert).
Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Druck: NAV GmbH, Dortmund. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.